

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 28.09.2022

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Bruder

Vorsitzender

Frau Kesting

Herr Klein

(Vertretung für
Herrn Huhn)

Frau Beckmann

(Vertretung für
Frau Schönfeld)

Herr Seidenberg

Frau Stock

AG Wohlfahrtsverbände

Herr Winkelmann

(ab 16:05 Uhr)

Herr Wittler

Beratende Mitglieder

Herr Hagemann

SPD-Fraktion

Herr Jung

CDU-Fraktion

Frau Wegner

Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion

(Vertretung für
Frau Labarbe)

Herr Möller

Büro für Integrierte

Sozialplanung und Prävention

Herr Petersen-von Knebel

Die Linke-Fraktion

(ab 16:25 Uhr)

Stellvertretende Mitglieder

Frau Drevenstedt

Verwaltung

Herr Bergen

Büro für Integrierte

Sozialplanung und Prävention

Frau Gäbel

Büro für Integrierte

Sozialplanung und Prävention

Herr Hiltawsky

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Herr Steffen

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Frau Zimmermann

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Gäste

Frau Aslan

Fachhochschule Bielefeld

Schriftführung

Herr Schloemann

Amt für soziale Leistungen
- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 13. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass die Vertrauensfrau der schwerbehinderten Beschäftigten der Stadt Bielefeld, Frau Hammes, nach schwerer Krankheit im Alter von 57 Jahren am 16.09.2022 verstorben sei. In ihrer Funktion habe Frau Hammes in den letzten Jahren an vielen Sitzungen des Beirates für Behindertenfragen teilgenommen. Die Anwesenden gedenken der Verstorbenen mit einer Schweigeminute.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder informiert, dass der Tagesordnungspunkt 6 „Betreutes Wohnen in Familien“ auf die Sitzung am 16.11.2022 vertagt werde, da die Berichterstatter*innen verhindert seien. Er weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 11 aus terminlichen Gründen an Stelle von Tagesordnungspunkt 6 vorgezogen werde.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner*innen anwesend.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 24.08.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 24.08.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Einsatz und Bewilligungspraxis von Integrationshelfer*innen**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Erfolgreiche Bewerbung auf das Förderprogramm "Verankerung gemeindepsychiatrischer Verbände in Nordrhein-Westfalen" des MAGS NRW zur Weiterentwicklung der Strukturen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bielefeld**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Hitzeaktionsplan**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 **Standpunktepapier der Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf das mit den Sitzungsunterlagen versandte Papier der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände.

Herr Seidenberg teilt mit, dass die in digitaler Form zur Verfügung stehende PDF-Datei nicht barrierefrei und somit für ihn als sehbehinderter Mensch nicht lesbar sei. Herr Schloemann bedauert dies und erklärt, dass die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände die PDF-Datei in dieser Form zur Verfügung gestellt habe. Herr Hagemann bietet an, Frau Hopster von der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände auf die Problematik anzusprechen, damit dies zukünftig berücksichtigt werde.

-.-.-

Zu Punkt 3.5

Pressemitteilung des Gemeinsamen Bundesausschuss: Stationäre Behandlung von Menschen mit Behinderung: G-BA schafft Voraussetzungen für Krankengeldanspruch von Begleitpersonen

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Pressemitteilung des Gemeinsamen Bundesausschusses. Er begrüße es, dass Begleitpersonen von in stationärer Behandlung befindlichen Menschen mit Behinderung nun einen Anspruch auf Krankengeld hätten.

Herr Seidenberg schlägt vor, diesbezüglich eine Pressemitteilung des Beirates für Behindertenfragen herauszugeben. Herr Winkelmann weist darauf hin, dass die Begleitpersonen von Menschen mit Behinderung, welche auf eine Assistenz angewiesen seien, ihr volles Einkommen ersetzt bekämen. Dies gelte nicht für Begleitpersonen von Menschen mit Behinderung, welche auf keine Assistenz angewiesen seien. Diese erhielten lediglich das Krankengeld. Es müsse daher Anliegen des Beirates für Behindertenfragen sein, diese Ungleichbehandlung zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, dass alle Begleitpersonen das volle Einkommen erstattet bekämen. Herr Winkelmann empfehle, an Stelle einer Presseerklärung ein Schreiben an den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Herrn Dusel, sowie die Behindertenpolitischen Sprecher*innen im Bundestag zu senden, welches klar auf diese Ungleichbehandlung und den dringenden Bedarf einer Gesetzesänderung hinweist.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder befürwortet den Vorschlag von Herrn Winkelmann und bittet diesen, gemeinsam mit ihm ein solches Schreiben zu formulieren.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Regelmäßige Erstellung eines Gesundheitsberichtes der Bielefelder Bevölkerung (Antrag von Herrn Dr. Bruder vom 13.09.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4716/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder weist darauf hin, dass der Vorsitzende des **Seniorenrates**, Herr Dr. Aubke, Urheber des Antrages sei.

Da Herr Dr. Aubke im Beirat für Behindertenfragen als beratendes Mitglied keine Anträge einbringen könne, habe Vorsitzender Herr Dr. Bruder den Antrag für ihn übernommen. Der **Seniorenrat** habe in seiner Sitzung vom 21.09.2022 den Antrag in nachfolgender, ergänzter Form beschlossen:

*„Zur übersichtlichen Erfassung des Gesundheitszustandes, des Gesundheitsverhaltens, der gesundheitlichen Versorgung und der jeweiligen Rahmenbedingungen ist in einem zeitlich adäquaten Abstand ein Gesundheitsbericht unter Berücksichtigung von Alters- und Geschlechtsklassifizierungen **sowie sozioökonomischer Daten** der Bielefelder Bevölkerung zu erstellen (entsprechend § 21 ÖGDG NRW).“*

Vorsitzender Herr Dr. Bruder empfiehlt den Anwesenden, den vorliegenden Antrag auf Erstellung eines Gesundheitsberichtes mit der genannten Ergänzung zu beschließen. Seitens der Anwesenden werden gegen die Formulierung keine Einwände erhoben.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, zu beschließen:

Zur übersichtlichen Erfassung des Gesundheitszustandes, des Gesundheitsverhaltens, der gesundheitlichen Versorgung und der jeweiligen Rahmenbedingungen ist in einem zeitlich adäquaten Abstand ein Gesundheitsbericht unter Berücksichtigung von Alters- und Geschlechtsklassifizierungen sowie sozioökonomischer Daten der Bielefelder Bevölkerung zu erstellen (entsprechend § 21 ÖGDG NRW).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Betreutes Wohnen in Familien

- vertagt -

-.-.-

*Hinweis der Schriftführung:
Aus organisatorischen Gründen erfolgt zunächst die Beratung zu TOP 11.
Die Protokollierung erfolgt unter Punkt 11 dieser Niederschrift.*

Zu Punkt 7

Neubau des Hochbahnsteiges Windelsbleicher Straße auf der Stadtbahnlinie 1

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3592/2020-2025/1

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage, welche der **Stadtentwicklungsausschuss** bereits in seiner Sitzung am 06.09.2022 einstimmig beschlossen habe. Der **Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“** schätze die Führung des Radverkehrs auf dem südlichen Gehweg aufgrund der Vermischung von Rad- und Fußverkehr als problematisch ein und empfehle, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

3. *Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt, den südlichen Gehweg (Friedhofseite) nicht für den Radverkehr freizugeben.*

Herr Seidenberg teilt mit, dass die Stadt Bielefeld durch die Freigabe von Gehwegen für fahrradfahrende Menschen diese dazu ermutige, vermehrt auf Gehwege auszuweichen, was zu einer Gefährdung zu Fuß gehender Menschen führen könne. Das Befahren von Gehwegen sei nach dem Bußgeldkatalog auch nur dort zulässig, wo eine entsprechende Beschilderung dies vorsehe. Da der Ergänzung des Beschlussvorschlages nicht zu entnehmen sei, wie wichtig es dem Beirat für Behindertenfragen wäre, den südlichen Gehweg zur Vermeidung der Vermischung von Rad- und Fußverkehr nicht für den Radverkehr freizugeben, gehe ihm die Formulierung nicht weit genug.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder macht daher folgenden neuen Vorschlag der Ergänzung:

3. *Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt **dringend**, den südlichen Gehweg (Friedhofseite) nicht für den Radverkehr freizugeben.*

Seitens der Anwesenden werden gegen diesen Ergänzungsvorschlag keine weiteren Einwände erhoben.

Im Anschluss ergeht folgender, ergänzender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

1. **Dem vorgeschlagenen Entwurf (Variante 3) für einen neuen Hochbahnsteig an der Haltestelle Windelsbleicher Straße wird zugestimmt.**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit moBiel auf dieser Grundlage die Planung zu vertiefen und die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren vorzubereiten und einzureichen.

3. Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dringend, den südlichen Gehweg (Friedhofseite) nicht für den Radverkehr freizugeben.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Zahlen und Fakten zu Menschen mit Behinderungen in Bielefeld im Jahr 2021

Mit einer Präsentation (**Anlage 1**) informiert Herr Steffen die Anwesenden über die Entwicklung der Zahlen und Fakten zu Menschen mit Behinderung in Bielefeld.

Herr Seidenberg ergänzt, dass es sich bei den Taubblinden Menschen um eine Gruppe von Menschen mit Behinderung handele, welche eine absolute Minderheit unter diesen darstelle, jedoch den höchsten Assistenzbedarf habe.

Herr Steffen weist darauf hin, dass für die Verwaltung eine hochgradige Schwerhörigkeit zusammen mit einer hochgradigen Sehbehinderung für das Merkmal „TBL“ ausreiche. Menschen, welche einen Anspruch auf dieses Merkmal im Schwerbehindertenausweis hätten, müssen somit nicht vollständig erblindet und ertaubt sein.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 9

Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2023

Zu Punkt 9.1

Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4303/2020-2025

Herr Bergen geht kurz auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage ein.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Herrn Bergen für seine Ausführungen und eröffnet die Diskussion. Es werden keine Fragen gestellt.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

- 1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.**
- 2. Dem Teilergebnisplan der**

Produktgruppe	Haushaltsjahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2023	119.661 €	3.308.565 €	3.188.904 €

und den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Haushaltsjahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2023	0 €	4.000 €	4.000 €

wird unter Berücksichtigung der als Anlagen 2 und 7 beigefügten Veränderungslisten Haushaltsplanaufstellung 2023 - 2026 mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

- 3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.31 für den Haushalt 2023 wird zugestimmt.**
- 4. Dem Stellenplanentwurf 2023 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention entsprechend Anlage 3 wird unter Berücksichtigung der als Anlagen 5 und 6 beigefügten Veränderungslisten mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.**
- 5. Da es sich bei der lfd. Nr. 482 der Veränderungsliste Stellenplan (Anlagen 3 und 5) um freiwillige Leistungen handelt und eine vollständige Deckung der daraus resultierenden Mehraufwendungen aufgrund des vss. Wegfalls der Landesförderung nicht mehr gegeben ist, steht der Beschluss hierzu unter einem Haushaltsvorbehalt. Über die Fortführung der unter Vorbehalt stehenden Position im Stellenplan 2023 entscheidet der Rat am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.**

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 9.2

Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4388/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Fachbeirat für Mädchenarbeit	69 €	271.306 €	271.237 €
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	13.538.052 €	16.040.823 €	2.502.771 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	108.523.366 €	209.030.033 €	100.506.667 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.093.052 €	101.127.081 €	91.034.029 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	466 €	1.627.947 €	1.627.481 €
Summen		132.155.005 €	328.097.190 €	195.942.185 €

und den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	20.000 €	755.500 €	735.500 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	67.000 €	57.000 €
Summen		30.000 €	822.500 €	792.500 €

wird zugestimmt.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushalt 2023 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplanentwurf 2023 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird entsprechend der Veränderungsliste Verwaltungsentwurf Stellenplan 2023 (Anlage 2) unter Berücksichtigung der Veränderungsliste weitere Stellenbedarfe Stellenplan 2023 (Anlage 3) wird zugestimmt.
Der Beschluss über die Berücksichtigung der Veränderungsliste „weitere Stellenbedarfe Stellenplan 2023“ (Anlage 3) steht unter einem Haushaltsvorbehalt. Über die Aufnahme der unter Vorbehalt stehenden Positionen in den Haushaltsplan 2023 entscheidet der Rat am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9.3

Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4436/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der als Anlage 7 beigelegten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2023 – 2026 (Statistische Kennzahlen)“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.
2. Den Teilergebnisplänen der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigelegten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2023 – 2026 (Ergebnisplanung)“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2.257 €	120.368 €	0 €	118.111 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	80.873.748 €	131.142.665 €	0 €	50.268.917 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	62.344.753 €	82.798.047 €	12.000 €	20.441.294 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	13.069.561 €	73.996.901 €	0 €	60.927.340 €
Insgesamt	156.290.319 €	288.057.981 €	12.000 €	131.755.662 €

Da es sich bei den lfd. Nrn. 11, 12, 13, 15, 16 und 17 der Veränderungsliste (Anlage 2) um freiwillige bzw. zwar dem Grunde, nicht aber der Höhe nach, pflichtige Leistungen handelt und eine vollständige Deckung der daraus resultierenden Mehraufwendungen nicht gegeben ist, steht der Beschluss hierzu unter einem Haushaltsvorbehalt.

Über die Aufnahme der unter Vorbehalt stehenden Positionen in den Haushaltsplan 2023 entscheidet der Rat am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.

3. Den Teilfinanzplänen A und B der nachstehenden Produktgruppe wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis 2023
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	51.000 €	114.100 €	63.100 €
Insgesamt	51.000 €	114.100 €	63.100 €

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

5. Dem Stellenplan 2023 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - wird unter Berücksichtigung der als Anlage 5 beigefügten „Ergänzung zur Veränderungsliste für den Stellenplan 2023“ zugestimmt.

6. Den Änderungen zu den „Erläuterungen zu den Haushaltspositionen“ zu den Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 – 2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4352/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Informationsvorlage.

Er informiert, dass es sich um eine Zusammenfassung der Anlagen D und E der Vorlage Drucksachennummer 3999/2020-2025/1 handelt, welche im Beirat für Behindertenfragen am 01.06.2022 vorgestellt wurden.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 11

Kommunaler Fachkräfte-Aktionsplan – Entwicklung und Erprobung von neuen Konzepten im Bereich der Pflege sowie für die Gewinnung von Fachkräften in Pflege- und Erziehungsberufen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4585/2020-2025

Frau Gäbel geht kurz auf die Bausteine und Einzelmaßnahmen der mit den Sitzungsunterlagen versandten Vorlage ein.

Auf Nachfrage von Frau Wegner, wer sich an der in Anlage 7 der Vorlage aufgeführten Wertschätzer*innen-Tour beteilige, teilt Frau Gäbel mit, dass sie auf eine Beteiligung politischer Vertreter*innen sowie auch in Bielefeld prominenter Personen hoffe. Es gebe hierzu eine Liste, jedoch seien die Personen noch nicht angefragt.

Herr Winkelmann hebt hervor, dass die Wertschätzung der Mitarbeitenden in den Eingliederungshilfeeinrichtungen aufgrund von Personalabwanderungen besonders wichtig sei. Frau Gäbel teilt mit, dass der Verbleib von Pflegekräften im Beruf im Gegensatz zu der Ausbildung ein generelles Problem wäre.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 12 **Rahmenkonzept der Bielefelder Suchthilfe und fachliche Einschätzung zur geplanten Diamorphin-Praxis**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Informationsvorlage.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Möller erklärt, dass Frau Aslan bei ihm ein Praktikum zur Inklusionsplanung absolviere. Frau Aslan ergänzt, dass sie Studierende an der Fachhochschule Bielefeld sei. Sie informiert die Anwesenden mit einer Präsentation (**Anlage 2**) über die Ergebnisse ihres Projektes zur Fragestellung, wie Gremien inklusiver werden können.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder dankt Frau Aslan für ihre Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Herr Winkelmann weist darauf hin, dass es rechtlich nicht gestattet sei, dass neben den Angehörigenvertreter*innen in den Gremien der Einrichtungen Mitarbeitende dieser Einrichtungen vertreten wäre. Den Angehörigenvertreter*innen sei dies oft nicht bekannt und er empfehle daher, diese entsprechend zu sensibilisieren.

Bezüglich der Wertschätzung der Arbeit der Gremien in den Einrichtungen spricht sich Herr Seidenberg dafür aus, die Leitungen der Einrichtungen zu befragen, ob diese ihre Gremien kennen würden und wie sie deren Arbeit schätzen.

Auf der Ebene der Räte der Werkstätten für Menschen mit Behinderung informiert er, dass es bundesweite Bestrebungen gebe, den Austausch der Räte untereinander zu forcieren, damit diese ihre Interessen gegenüber den Leitungen besser vertreten könnten.

Frau Beckmann und Herr Jung sprechen sich für Schulungen der Vertreter*innen in Gremien bezüglich ihrer Rechte und Pflichten aus. Frau Beckmann bittet die Verwaltung, nach Möglichkeit für den Beirat für Behindertenfragen einen Leitfadens für die Mitglieder zu erstellen. Herr Möller sichert zu, zeitnah einen entsprechenden Leitfadens gemeinsam mit Herrn Schloemann zu entwickeln.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)**

- Frau Kesting teilt mit, dass der **Jugendhilfeausschuss** am 21.09.2022 getagt habe. Beiratsrelevante Themen seien die Vorlagen „Einsatz und Bewilligungspraxis von Integrationshel-

fer*innen“ sowie „Kommunaler Fachkräfte-Aktionsplan“ gewesen.

- Aus dem **Schul- und Sportausschuss** berichtet Herr Wittler, dass am 15.09.2022 eine Sondersitzung zur Vorlage „Digitalstrategie und Medienentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen“ stattgefunden habe. Er habe in der Sitzung gefragt, ob die für die Schüler*innen anzuschaffende Hardware auch mit Braille Ein- und Ausgabegeräten kompatibel sei. Dies solle möglich sein, es werde hierzu aber noch eine Mitteilung der Verwaltung für den Beirat für Behindertenfragen geben. Der **Schul- und Sportausschusses** wurde am 27.09.2022 über die Einführung eines internet-basierten Abrechnungssystems für Leistungen nach Bildung und Teilhabe (Bildungskonto und Bildungskarte) informiert. Zu den Erfahrungen mit dem Verfahren, welches bislang sehr gut angenommen worden sei, werde die Verwaltung nach Abschluss der Umstellungsphase in den Gremien berichten.
- Vorsitzender Herr Dr. Bruder berichtet, dass der **Stadtentwicklungsausschuss** am 06.09.2022 getagt habe. Die Beschlussvorlage zu den „Barrierefreien Standards der Stadt Bielefeld“ sei wiederholt vertagt worden. Darüber hinaus habe der Ausschuss, wie schon unter Tagesordnungspunkt 7 dieser Sitzung berichtet, die Vorlage „Neubau des Hochbahnsteiges Windelsbleicher Straße auf der Stadtbahnlinie 1“ beschlossen. Kernthema der Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 15.09.2022 sei die Beschlussvorlage "Fahrradstraßenverbindung Ehlenruper Weg/Rohrteichstraße" gewesen. Vorsitzender Herr Dr. Bruder habe in der Sitzung deutlich darauf hingewiesen, dass der Gehweg einseitig nicht entfallen solle.
- Aus der letzten Sitzung des **Arbeitskreises „Bebaute Umwelt und Verkehr“** informiert Vorsitzender Herr Dr. Bruder, dass der Arbeitskreis die Baubeteiligungsverfahren „Dreifachsporthalle Kuhlo-Realschule“ sowie „Neubau Forschungsgebäude R5 der medizinischen Fakultät Universität Bielefeld“ und „Anatomie gebäude R6“ abgeschlossen habe.

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 16 **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.